

Fraktionsantrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **18.04.2016**
Antragsnr.: **033/2016**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **OBM/13**
mit Referat:

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 17.4.16

**Panama-papers – Verjährung von Steuernachforderungen verhindern
Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat im April 2016**

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Wir stellen den Antrag zum Stadtrat im April 2016:

1. Die Stadt fordert das bayerische Finanzministerium auf, bei den in den „*Panama papers*“ erwähnten Firmen, die in Erlangen gewerbesteuerpflichtig sind, zeitnah eine Steuerprüfung durchzuführen.
2. Die Stadt fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, auch um damit das Verschieben eines vor dem Finanzamt verheimlichten Vermögens schwerer zu machen.

Begründung:

Auch in Erlangen tätige Firmen sind in den *panama papers*“ erwähnt. Unter anderem sollen Gelder aus schwarzen Kassen falsch als Rückzahlung deklariert worden sein – womit sie vermutlich un versteuert geblieben sind.

Aus diesem Tatbestand dürften sich Steuernachforderungen ergeben. Diese müssen aber schnell eingefordert werden, damit die Forderungen nicht verjähren, wie in den 1990er Jahren in der Erlanger Gewerbesteueraffäre.

Aus der Gefahr der Verjährung ergibt sich auch die Dringlichkeit des Antrags.

Dieter Ondracek, Ehrenvorsitzender der deutschen Steuergewerkschaft schreibt zu der Frage, „Wer ebnet Panama den Weg?“ in der mittelbayerischen Zeitung:

Die Politik zeigt sich entrüstet – trägt an der Entwicklung aber eine erhebliche Mitschuld. ...

Es war die Bundesregierung und die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten, die die Vermögensteuer verfassungswidrig gestaltet und nicht repariert haben, als das Bundesverfassungsgericht diese als verfassungswidrig verworfen hat. Das Finanzamt hat seither keine Kenntnis über die Vermögensanlagen und das Vermögen der einzelnen Personen und Gesellschaften. Erst die fehlende Vermögenserklärung ermöglicht ein vom Finanzamt unentdecktes heimliches Verschieben des Vermögens. Um dies für die Zukunft abzustellen, bedarf es der Wiederbelebung der Vermögensteuer.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn
(Stadtrat)